



## Das Undenkbare

Von Jasper von Altenbockum

Der Geist ist aus der Flasche, und er wird so schnell nicht wieder einzufangen sein: Die Laufzeitverlängerung der drei Atomkraftwerke, die noch am Netz sind, ist kein Tabu mehr. Robert Habeck wird es nicht leichtfallen sein, das Undenkbare nun doch für möglich zu halten. Dass es ausgerechnet ein grüner Klimaschutzminister ist, der sich gegen „Denkverbote“ ausspricht, deutet darauf hin, wie groß die Not ist. Will Deutschland am Kohleausstieg festhalten, nun aber auch noch einen Ausstieg aus russischem Gas hinlegen, werden zwar die Träume der Energiewende wahr, aber auch die Alpträume der Versorgungssicherheit. Windräder und Solarkraft mögen „Freiheitsenergien“ (Christian Lindner) sein. Dass sich Deutschland aber auch vom Wetter frei machen könnte, das schafft nicht einmal die FDP.

Das bleibt die Achillesferse einer ganz auf erneuerbare Energien zugeschnittenen Zukunft, in der es Ersatz geben muss für „Dunkelflauten“. Der fossile Ersatz für den fossilen Ausstieg war die jüngste Kapriole der deutschen Energiewende, die nur durch die Hoffnung auf schnelle Massenproduktion von „grünem“ Wasserstoff kaschiert werden konnte. Der russische Krieg in der Ukraine hat dieser Aussicht einen Strich durch die Rechnung gemacht. Es wäre gut, wenn die Bundesregierung deshalb auch hier radikal umsteuerete. Um mit Robert Habeck zu sprechen: Darin steckt ein Stück ökologischer Patriotismus.

## Kein Zählappell

Von Peter Sturm

Wie schwer sich manche Politiker mit dem Naheliegenden tun, hat gerade der brasilianische Präsident gezeigt. Jair Bolsonaro, sonst nie um polarisierende Bemerkungen überlegen, mag den russischen Überfall auf die Ukraine nicht bewerten. Er beruft sich dabei auf Interessen seines Landes, das womöglich fürchten müsse, nicht mehr genügend Dünger für seine Landwirtschaft zu bekommen, wenn es sich in den weltweiten Chor der Empörung über das Vorgehen des russischen Präsidenten einreihete. Wie real diese Bedrohung ist, lässt sich von außen schwer beurteilen. Sie zeigt aber, wohin es führt, wenn sich ein Land zu abhängig von einem Lieferanten macht.

Mit seiner Haltung befindet sich Bolsonaro zwar in der Minderheit, aber allein ist er auch nicht, schon gar nicht in Lateinamerika. Zu den anderen üblichen Verdächtigen, die Russland nicht verurteilen werden, gehören Venezuela und Kuba. Die Möglichkeit, sich so oder so zu äußern, steht allen Staaten im Rahmen der UN-Vollversammlung offen. Nicht jede Regierung wird sich zu deutlichen Bekenntnissen bewegen lassen. Es kommt, wie oft in der Diplomatie, auf die Nuancen an. So weigert sich zum Beispiel China, Russland zu verurteilen. Aber die territoriale Integrität der Ukraine möchte Peking gewahrt wissen. Ein formeller Zählappell wird in New York also nicht stattfinden.

# Das Zeitfenster schließt sich

## Szenarien des Weltklimaberichts Von Joachim Müller-Jung und Timo Steppat

oder spürbar werden, wenn der Klimawandel nicht schnell begrenzt wird.

Die Folgen sind massiv und in ihrer Gänge kaum abzusehen. In Asien etwa beschleunige der Klimawandel die Ausbreitung von Krankheiten wie Denguefieber und Malaria, heißt es. Auch Europa – hier vor allem der Süden – müsse vermehrt mit Hitzewellen und Trockenheit rechnen. Aufgrund steigender Temperaturen könnten in Zukunft mehr Europäer, die anfällig für Hitzestress sind, sterben. Die Fänge der Fischer in Afrika könnten deutlich sinken, weshalb Teilen der Bevölkerung eine entscheidende Proteinquelle fehle und mit einem deutlichen Anstieg der Unterernährung zu rechnen sei.

Auch wenn der weltweite Temperaturanstieg nur zeitweise 1,5 Grad über-

schreiten sollte und dann wieder gesenkt würde, hätte dies schwerwiegende und teilweise unwiderrufliche Schäden für Ökosysteme und Gesellschaften zur Folge. In dem Bericht werden kurzfristige Klimawandelfolgen bis 2040 von mittel- und langfristigen Folgen abgegrenzt. Vor allem diese kurzfristigen Folgen bei der derzeit stark beschleunigten Erwärmung mit sehr viel drastischeren Auswirkungen als lange gedacht sind bislang unterschätzt worden, wie der IPCC-Bericht deutlich macht. Beispiel Landwirtschaft: „Jedes Zehntel Grad Erwärmung jenseits der 1,5 Grad wird zu eskalierenden wirtschaftlichen Schäden und häufigeren regionalen Ernteausfällen führen“, sagt Hermann Lotze-Campen vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.



Katastrophenszenario: Das Ahrtal Anfang 2022

Foto Frank Röth

## „Die Klimarisiken schaukeln sich hoch“

Matthias Garschagen, Mitautor des Weltklimaberichts, über die besonderen Gefahren für Städte und Arme

**Herr Garschagen, Sie sind einer der Leitautoren des zweiten Teils des sechsten Sachstandsberichts zum Klimawandel. Vieles klingt erst mal gar nicht neu. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Punkte, die nun deutlicher werden?**

Im Vergleich zum letzten Sachstandsbericht 2014 sehen wir, dass die Auswirkungen des Klimawandels früher eintreten und sich stärker zeigen als bisher angenommen. Die Ökosysteme reagieren zugleich sensibler, als wir das erwartet haben. Außerdem zeigt der Bericht, dass die Folgen des Klimawandels schwerer zu handhaben sind. Ein Beispiel: Es kann zur Situation kommen, dass durch eine Dürre Nahrungsmittelpreise steigen, das führt zu Unterernährung, wodurch sich die Gesundheitslage verschlechtert, und dadurch steigt die Verwundbarkeit für das nächste Risiko, etwa einen Sturm. Die Klimarisiken schaukeln sich hoch.

**Der Bericht beschäftigt sich auch mit der Frage, was passiert, wenn die Temperaturerhöhung 1,5 Grad überschreitet, wenn auch nur einen begrenzten Zeitraum. Was sind die Folgen?**

Wir sehen schwerwiegende, zum Teil irreversible Schäden. Zum Beispiel das Auftauen von Permafrostböden, das Abschmelzen von Gletschern und Meereis oder der Verlust von Waldflächen. Das alles führt dazu, dass es immer schwieriger wird, die Temperaturkurve anschließend zu senken und eine Kehrtwende beim Klimaschutz zu erreichen. Es wird mitunter viel Hoffnung in zukünftige Technologien gelegt, die potentiell Emissionen speichern oder gar

aus der Atmosphäre ziehen und somit langfristig zum effektiven Klimaschutz beitragen können. Diese müssen aber erst noch großflächig erprobt werden. Der Bericht zeigt sehr deutlich: Es wäre eine Illusion zu glauben, dass eine zeitlich begrenzte Überschreitung der Marke von 1,5 Grad Erwärmung nicht gravierende Auswirkungen hätte.

**Die nächsten zehn Jahre gelten als entscheidend. Für den Klimaschutz, aber auch für die Anpassung. Wieso?**

Zum einen müssen wir die Kehrtwende in Sachen Klimaschutz schaffen. Tun wir das nicht, erreichen wir auch die Grenzen der Anpassungsmöglichkeiten an den Klimawandel. Zugleich ist es ein Trugschluss zu denken, für die Anpassung gäbe es noch Zeit – die Weichen müssen jetzt gestellt werden. Wir sind schon in den nächsten zehn Jahren mit massiven Folgen des Klimawandels auch in Europa konfrontiert. Es geht um eine integrierte, zukunftsorientierte Planung. Wir müssen stärker über Risiken nachdenken, mit denen wir womöglich 2100 konfrontiert sind. Denn Infrastrukturentscheidungen haben einen langen Vorlauf, und sie entfalten eine sehr lange Wirkung. Dabei müssen negative Effekte der Klimaanpassung vermieden werden, die dem Klimaschutz schaden. Global betrachtet, ist eine Diskussion über die Kostenverteilung notwendig. Die Unterfinanzierung ist ein wesentliches Hemmnis, wieso wir in Teilen der Welt in Sachen Klimaanpassung noch nicht weitergekommen sind.

**Wie sehen Sie den Stand der Anpassung?**

Wir sehen in allen Erdregionen eine verstärkte Aktivität, getrieben auch durch eine verstärkte Wahrnehmung der Folgen des Klimawandels. Bisherige Maßnahmen reichen aber nicht aus, sie sind nicht tiefgehend und erfolgen nicht schnell genug, um allein die jetzigen Auswirkungen aufzufangen. Nach großen Katastrophen ist häufig eher kurzfristig gedacht worden, und man hat sich eher an momentanen Auswirkungen orientiert. Wir müssen uns darauf einstellen, dass Klimawandelanpassung zur Daueraufgabe wird.

**Der Bericht geht besonders auf die Rolle der Städte ein. Wieso sind sie besonders gefährdet?**

In Städten verschärfen sich die Gefahren, die durch den Klimawandel auf uns zukommen. Erstens bilden sich zum Beispiel Hitzeinseln in dicht bebauten Vierteln. Nachts sinken die Temperaturen dort nicht, sodass sich die Bewohner gar nicht vom Tag erholen können. Zweitens sind Städte gefährdet, weil sie sich häufig in besonders ausgesetzten Lagen befinden: An Flüssen oder Küsten wird die Gefahr durch den Meeresspiegelanstieg und Fluten steigen, welche die Infrastruktur der Städte nachhaltig bedrohen. Drittens zeigen Städte eine hohe soziale Verwundbarkeit. Wenn Sie Städte in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern anschauen, dann findet das Wachstum dort in informellen Siedlungen statt. Das bedeutet meist fehlende Gesundheitsversorgung, schlechte Infrastruktur und unzureichende soziale Sicherung. Die Anfälligkeit für Stürme und Hochwasser ist dort also besonders groß. Und schon

„Die Risikoschwellen“, so resümiert einer der beiden Hauptautoren des neuen IPCC-Berichts, Hans-Otto Pörtner vom Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven, „werden schon bei deutlich niedrigeren Temperaturwerten erreicht“. Pörtner beklagt vor allem die nach wie vor große Lücke zwischen den Erkenntnissen zu den Klimawandelrisiken, die sich auch in den vergangenen acht Jahren weiter beschleunigt haben, und der Umsetzung in klimapolitisches und vorsorgliches Handeln. Besonders betont wird die enge Verknüpfung von Klimawandel und den Risiken für die Ökosysteme, von denen ein Großteil der Erdbevölkerung abhängig ist. Möglichst schnell muss sichergestellt werden, dass zwischen 30 und 50 Prozent der Erdoberfläche vor weiterer Ausbeutung geschützt werden. Die Direktorin des UN-Umweltprogramms UNEP Inger Andersen sagte: „Die Natur kann unsere Rettung sein, aber nur wenn wir sie retten.“ Denn Naturräume könnten dazu beitragen, die Folgen des Klimawandels abzumildern, und dienen dem Klimaschutz.

Die Paläobiologin Daniela Schmidt von der University of Bristol, ebenfalls Mitautorin des Berichts wie mehrere andere deutsche Wissenschaftler, betont, dass nach den IPCC-Analysen „Europa überdurchschnittlich stark vom Klimawandel betroffen“ sei, würde nicht schnell und konsequent der Temperaturanstieg gebremst. Vier „Schlüsselrisiken“ wurden für Europa identifiziert: Hitzewellen, die das Risiko schwerer Gesundheitsschäden und Toden bei einer Erderwärmung von drei Grad – etwa dem gegenwärtigen Trend – verdoppeln bis verdreifachen würden. Zudem der Hitzestress für die Nahrungsmittelpflanzen sowie Wasserknappheit und Überflutungsrisiken, die bis zum Jahr 2100 bei einem weiteren Fortschreiten der gegenwärtigen Erwärmung allein zu einer Verzehnfachung der Küstenschäden führen würden. Eines der durchgespielten Szenarien im Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass bis 2050 bis zu 183 Millionen Menschen zusätzlich an Unterernährung leiden könnten.



Christine LAMBRECHT Foto Lidecke

## Ministerin mit viel Geld

Wenn der Bundeskanzler anruft und ein Ministerium anbietet, kann man sich die Sache eigentlich anders vorgestellt hat. Christine Lambrecht war es Anfang Dezember so ergangen. Viele Jahre hatte sie der Sozialdemokratie die Felder beackert, war Stadtverordnete, Bundestagsabgeordnete für Südhessen, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion und zuletzt Bundesministerin der Justiz. Nach all der auch persönlich belastenden Arbeit und in Anbetracht akuter Aussichtslosigkeit ihrer Partei wollte sie es 2021 gut sein lassen und ihren Traumberuf als Anwältin ausüben.

Dann stieg die SPD in Umfragen, und Lambrecht bekam doch wieder Appetit auf ein Amt, auch ohne Bundestagsmandat. Zeitweise schien sie fest mit dem Innenministerium zu rechnen. Es heißt, sie habe bereits an Organigrammen des Hauses gebastelt. Doch dann kam der Anruf und der Auftrag: Verteidigungsministerin. Lambrecht brauchte etwas Bedenkzeit. Der Titel „Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt“ sagte der als resolute Chefin geltenden Lambrecht so zu, dass sie ihn in den ersten Amtstagen häufig im Munde führte. Außerdem wollte sie es nach bewährter Methode machen: ein paar Leute rauswerfen, eigene platzieren. Das scheiterte bereits im Ansatz und musste verschoben werden. Inzwischen tauchen im Organigramm des Ministeriums Stellen auf, die ganz ideal zu früheren Mitarbeitern der SPD-Fraktion passen.

Die Welt der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu betreten fiel ihr schwerer. Bis heute hat sie weder den amerikanischen Amtskollegen in Washington besucht noch der erfahreneren französischen Kollegin in Paris einen Antrittsbesuch abgestattet. Auch nach Mali, dem größten Einsatzort der Bundeswehr, hat Lambrecht es unter widrigen Umständen noch nicht geschafft. Anschluss zu finden, das fällt der Juristin auch in den großen Fragen noch nicht leicht. So hat sie von der finanzpolitischen Wende des Bundeskanzlers sehr spät erfahren und bis zuletzt das Verweigern von Waffenlieferungen an die Ukraine vehement als historisch begründet, gesetzlich vorgeschrieben und friedenspolitisch geboten verteidigt.

Das alles wäre nicht weiter erwähnenswert, wäre nicht ausgerechnet die 1965 in Mannheim geborene Lambrecht plötzlich für die dringende gebotene Neuausrichtung der Bundeswehr zuständig und verantwortlich dafür, die unerhörte Summe von 100 Milliarden Euro bündnispolitisch zweckmäßig auszugeben. Manche würden bei dieser enormen Aufgabe vielleicht denken, es wäre eventuell klüger gewesen, bei Scholz' Anruf im Dezember abzulehnen. Aber Lambrecht sucht die Bewährung. Auch wenn in Berlin zu hören ist, sie warte auf eine Gelegenheit, doch noch ins Innenministerium zu wechseln. PETER CARSTENS

## Frankfurter Allgemeine SELECTION



## TUBE – Junges Design als F.A.Z.-Edition

Grafisch und klar bilden die beiden Elemente Platte und Gestell den Beistelltisch TUBE. Gestalterisch auf das Wesentliche reduziert und doch poetisch im Ausdruck von Form und Materialität. Die drei Beine aus Birke Multiplex werden dafür in die Stahlhülse (engl. Tube) der Platte aus 4 mm Stahlblech eingesteckt.

Der Tisch wird in Zusammenarbeit mit einem Fachbetrieb für Metallbau aus dem Rhein-Main-Gebiet in der Werkstatt des mehrfach ausgezeichneten Designers Jonas Nitsch produziert

**Sichern Sie sich Ihren TUBE in den Maßen 48 cm x 40 cm x 40 cm oder 58 cm x 50 cm x 40 cm in der Trendfarbe Ihrer Wahl ab 395 Euro zzgl. Versandkosten.**



F.A.Z. Selection steht für herausragende Qualität und anspruchsvolles Design – exklusiv für F.A.Z.-Leser gefertigt in deutschen Manufakturen und von renommierten Herstellern. Besuchen Sie unseren Online-Shop!

faz.net/selection, Info: (069) 75 91-10 10, Fax: (069) 75 91-80 82 52